

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
14. Sitzung des Rates der Stadt Haan
am Dienstag, dem 24.05.2011 um 17:00 Uhr
im Bürgerhaus Gruitzen

Beginn:
17:00

Ende:
19:40 Uhr

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
Stv. Peter Bartz
Stv. Mantoy Becker
Stv. Harald Giebels
Stv. Wolfgang Goeken
Stv. Marlies Goetze
Stv. Udo Greeff
Stv. Dr. Dieter Gräßler
Stv. Gerd Holberg
Stv. Meike Lukat
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
Stv. Dr. Karl-August Niepenberg
Stv. Brigitte Taschke
Stv. Andreas Wasgien
Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Ute Dörr
Stv. Jörg Dürr
Stv. Uwe Elker
Stv. Marion Klaus
Stv. Michael Petersen
Stv. Wilfried Pohler
Stv. Michael Schneider
Stv. Bernd Stracke
Stv. Heinrich Wolfsperger
Stv. Ute Wollmann

bis TOP 16
ab TOP 3

FDP-Fraktion

Stv. Philip Daniel
Stv. Friedhelm Kohl

Stv. Dirk Raabe
Stv. Michael Ruppert
Stv. Patrick Sobbe
Stv. Klaus Straßburg
Stv. Arnd Vossieg

bis TOP 16

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Jörg-Uwe Pieper
Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack
Stv. Elke Zerhusen-Elker

UWG-Fraktion

Stv. Gerhard Herder
Stv. Karl-Hermann Käpernick

bis TOP 16

Die Linke

Stv. Nelson Janßen

Schriftführer

Herr Ingo Meyer

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Dr. Friedhelm Reisewitz

Verwaltung

Frau Marion Plaehn
Herr Michael Rennert
Frau Sabine Riekel

Personalrat

Frau Hildegard Duncker

Bürgermeister Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 14. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner Gruittens- und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderung der Tagesordnung

Bm vom Bover teilt mit, dass die Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte 4, 9, 11, 12 und 14 erweitert wurden.

Stv Pohler beantragt aus TOP 10 (Zuwendungen 1000 Schulen-Programm) aus datenschutzrechtlichen Gründen zusätzlich im nichtöffentlichen Teil zu beraten. Darüber hinaus soll TOP 17 (Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung) nur im öffentlichen Teil beraten werden, da der Sachverhalt und der Name der betroffenen Person bereits durch die Presse gegangen sei.

Bm vom Bover schlägt vor, den betreffenden Teil aus TOP 10 öT im nicht-öffentlichen Teil als TOP 17.1 zu beraten, sowie den TOP 17 nT als TOP 14.1 im öffentlichen Teil zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

bei 1 Enthaltung und 0 Gegenstimmen sowie 41 Ja-Stimmen wird die veränderte Tagesordnung wie vorgeschlagen angenommen

Öffentliche Sitzung

1./ Bestellung eines Schriftführers für Vertretungsfälle Vorlage: 10/102/2011

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Als stellvertretende Schriftführer für die Sitzungen des Rates der Stadt Haan werden StA Meyer, StA Hillebrand und StAR Schumacher bestellt.“

2./ Fragerecht für Einwohner

keine Anfragen

3./ Aufhebung des Ratsbeschlusses zum Bürgerhaus Gruitzen - hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 02.05.2011 Vorlage: 10/104/2011

Protokoll:

Stv Pohler erläutert nochmal den Antrag der SPD-Fraktion vom 02.05.2011 auf Aufhebung des Ratsbeschlusses zum Bürgerhaus. Der Ratsbeschluss sei aufzuheben, da er gegen geltendes Recht verstoße. Die Mittelbereitstellung von 436.000 Euro in 2011 mit Sperrvermerk und Freigabe durch den HFA, finanziert durch Kreditaufnahme in 2011 sei aufgrund des Haushaltssicherungskonzeptes nicht zulässig. Darüber hinaus beanstandet er, dass in diesem Ratsbeschluss eine Koppelung an die Investitionsrücklage und eine ausschließliche Prüfung in Richtung Pfarrsaal beschlossen wurde.

Bm vom Bover weist in diesem Zusammenhang auf sein Schreiben vom 09.05.2011 hin, in dem er bereits einen Antrag der SPD-Fraktion vom 13.04.2011 abgelehnt habe, den entsprechenden Ratsbeschluss aufzuheben, da im betroffenen Ratsbeschluss weder eine Festlegung für den Pfarrsaal getroffen wurde, noch die Verwendung der Investitionsrücklage eine Kreditaufnahme darstellen würde, welche von der Kommunalaufsicht zu genehmigen sei.

Stv Ruppert schließt sich der Ansicht des Bürgermeisters an. Auch er sehe keinerlei Gründe die rechtfertigen würden, den Ratsbeschluss aufzuheben. Die Dinge seien entgegen der Ansicht der SPD-Fraktion auf einem guten Weg.

Stv Pohler teilt nicht die Auffassung von Stv Ruppert, da eine Kreditaufnahme notwendig sei. Im übrigen sei es nicht geboten, Interessenten Geldmittel in Aussicht zu stellen. Der Bürgermeister müsse den Beschluss von sich aus ablehnen bzw. beanstanden.

Stv Giebels ist über den Antrag der SPD überrascht und verweist auf einen einstimmigen Ratsbeschluss im 1. Teil, sowie einen mehrheitlichen Ratsbeschluss im 2. Teil, hinsichtlich des weiteren Umgangs mit dem Bürgerhaus. In ihrem Antrag wolle die SPD jedoch den gesamten Ratsbeschluss kippen. Für die CDU-Fraktion sieht er weder eine Rechtswidrigkeit, noch eine Notwendigkeit, der Aufhebung des Ratsbeschlusses zuzustimmen.

Stv Drennhaus führt aus, dass die beabsichtigten Zuschüsse in Höhe von 436.000 Euro die allgemeine Rücklage belasten würde, welche eine Kreditaufnahme erforderlich machen würden. Dies sei beim bestehenden Haushaltssicherungskonzept nicht möglich.

Stv Rehm wünscht eine Stellungnahme von Bm vom Bover, ob die heute nicht anwesende Kämmerin den finanziellen Auswirkungen zustimmen würde bzw. ob die Vorgehensweise mit ihr abgestimmt sei.

Bm vom Bover bestätigt, dass die Vorgehensweise mit ihr abgestimmt sei.

Stv Drennhaus zitiert aus dem letzten Protokoll und äußert in Zusammenhang mit der Erhöhung des Liquiditätskredites Kritik am Verhalten von Bm vom Bover.

Stv Wetterau weist darauf hin, dass es sich vorliegend um einen Kassenkredit handeln würde, welcher nicht die Zustimmung der Aufsichtsbehörde benötige. Es solle beim alten Beschluss bleiben.

Bm vom Bover führt hierzu aus, dass die haushaltsrechtlichen Vorgaben im Hinblick des HSK von der Landesregierung mittlerweile aufgeweicht seien und noch keine Bestimmungen vorlägen. Die derzeitige Diskussionslage könne sich durchaus noch ändern. Man habe bisher noch keine Kredite aufgenommen und man solle erst mal die weitere Entwicklung abwarten.

Stv Pohler verweist auf den Brief des Landrates und die darin enthaltenen finanziellen Vorgaben, die zu beachten seien. Eine zusätzliche Kreditaufnahme in Höhe von 436.000 Euro sei derzeit nicht zu schultern. Man solle realistisch bleiben. Die SPD habe mit den anderen Fraktionen ein gemeinsames Interesse zur Lösung der Probleme, auch einer Lösung zur notwendigen Finanzierung. Jedoch sollte derzeit kein fester Betrag möglichen Interessenten des Bürgerhauses in Aussicht gestellt werden. Im übrigen gäbe es ja auch noch ausstehende Projekte, wie Sportplatz Gruitzen, die aufgrund der derzeitigen Haushaltslage auf Eis liegen würden.

Stv Lukat kommt noch einmal auf das Schreiben des Landrates zurück, wonach die Stadt Haan zum sparen verpflichtet sei. Man müsse jedoch sehen, dass die derzeitigen jährlichen Kosten für das Bürgerhaus höher seien, als die Aufnahme eines Kassenkredites über 436.000 Euro. Eine Beibehaltung des Bürgerhauses wäre insoweit schädlich. Der bestehende Ratsbeschluss sei richtig – da zukunftsorientiert.

Stv Kohl sagt, dass man nur in Gesprächen sei. Bisher sei nichts entschieden. Die Haltung der SPD wäre kontraproduktiv und führe zur Verunsicherung. Die SPD möge nur Anträge stellen, die Aussicht auf positive Bescheidung hätten.

Stv Drennhaus hält die Ansicht von Stv Kohl für ein seltsames Demokratieverständnis. Der Antrag der SPD sei aufgrund der Finanzierung von 436.000 Euro durchaus nachvollziehbar und richtig. Im übrigen frage er sich, wer in der neuen Versammlungsstelle dann Hausrecht habe, wenn der Vermieter z.B. Phoenix oder die Kirche ist. Im übrigen seien beim Ratsbeschluss zum Bürgerhaus zwei Beschlüsse vermischt.

Stv Wetterau liest den 2. Teil des Beschlusses zum Bürgerhaus vor und merkt an, dass mit dem Beschluss keinerlei Festlegung auf einen möglichen Interessenten verbunden, also ein neutraler Beschluss sei. Das Bürgerhaus sei seit langem eine finanzielle Belastung. Jedoch sei eine Versammlungsstätte für Gruitzen notwendig. Die Rückstellung fürs Bürgerhaus sei vorhanden, werde jedoch nicht abgerufen.

Stv Giebels erläutert nochmal, dass der Beschluss zum Bürgerhaus nicht zu beanstanden sei. Man brauche eine gute Alternative zur jetzigen Versammlungsstätte. Das politische Ansinnen der SPD sei anscheinend etwas anderes – z.B. auf die Bremse treten.

Stv Pohler weist die Äußerung zurück und fordert Stv Giebels umgehend auf, diese Äußerung zurück zu nehmen.

Stv Wasgien hält das Ansinnen der SPD – Schließung ja, Versammlungsstätte nein – in der Tat für ein Verhalten, welches die Interessen der Gruitener Bürger ausbremse.

Stv Holberg ruft dazu auf, diese Art der Diskussion beenden. Die Beibehaltung des Bürgerhauses stelle ein Risiko dar. Nicht zuletzt auch im Interesse der Gruitener Bürger solle der Ratsbeschluss aufrechterhalten bleiben.

Stv Sack bemängelt das Zustandekommen des Beschlusses zum Bürgerhaus. Die GAL war in der damaligen Abstimmung bezüglich der 436.000 Euro Zuschüsse unterlegen. Man habe die hohe Summe als problematisch angesehen und deshalb dagegen gestimmt. Eine Rechtswidrigkeit des bestehenden Ratsbeschlusses sei nicht zu erkennen. In der Abstimmung über die Aufhebung des Ratsbeschlusses wolle man sich enthalten.

Stv Ruppert weist darauf hin, dass die Höhe des beabsichtigten Zuschusses von 436.000 Euro nicht zufällig genau der Höhe der jährlichen Instandhaltungskosten des Bürgerhauses entspreche.

Stv Pohler führt aus, dass die 436.000 Euro eine Rückstellung seien, die sich jedoch nicht im Stadtsäckel befänden und somit per Kredit aufgenommen werden müssten. Die SPD wolle auch eine Schließung des Bürgerhauses. Dazu wären bereits auf Initiative der SPD Gespräche mit der EVK, Bürger- u. Verkehrsverein und der Walldorfschule aufgenommen worden. Die SPD in diesem Zusammenhang als "Bremse" zu bezeichnen, wäre eine infame Unterstellung. Wer im Übrigen meine, die Vermarktung des Grundstückes würde Geld in die leeren Kassen spülen, sei im Irrtum. Es handele sich vorliegend nur um Schuldenregulierung.

Stv Lukat denkt, dass Stv Pohler mit seinen Einwendungen für eine Großgemengelage verursache, die nur dazu führe, sich im Kreis zu drehen. Sie befürwortet eine sofortige Abstimmung.

Bm vom Bovert regt an in dem Beschluss über die Aufhebung des Ratsbeschlusses zum Bürgerhaus den Beschlusstext dahingehend abzuändern, dass keine Aussagen über Art und Höhe von Zuschuss-Zahlungen, sowie über Sperrvermerk u. Freigabe getroffen würden.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 12 Stimmen Enthaltungen: 7 Stimmen Nein: 24 Stimmen

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Ratsbeschluss zum Bürgerhaus aufzuheben, wird unter Berücksichtigung des abgeänderten Beschlusstextes mehrheitlich abgelehnt.

Der Beschlusstext erhält folgende geänderte Fassung:

"Das Bürgerhaus Gruiten wird unter Vorbehalt der adäquaten Nutzbarkeit einer alternativen Versammlungsstelle in Gruiten zum 30.06.2012 geschlossen. Die Fläche ist zu vermarkten. Es sind umgehend Gespräche zur Sicherung einer alternativen Versammlungsstelle zu führen."

**4./ Zielvereinbarung zwischen Rat und Verwaltung zur Wirtschaftsförderung
Vorlage: 23/027/2010/1**

Protokoll:

Stv Giebels begrüßt für die CDU-Fraktion, dass die Zielvereinbarung nun beschlossen werden kann. Er stellt heraus wie wichtig es gewesen sei, ausführlich hierzu zu beraten. Ziel sei es, die Stadt Haan attraktiv zu halten und neue Unternehmen anzusiedeln. Letztendlich Sorge man damit auch für mehr Steuereinnahmen, die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Er bedankt sich auch für die sehr gute Zusammenarbeit mit Herrn Jünemann im Bereich der Wirtschaftsförderung

Stv Drennhaus lobt den kooperativen Prozess zwischen den einzelnen Fraktionen und schließt sich den Ausführungen von Stv Giebels an.

Stv Kohl bedankt sich als Ausschussvorsitzender des WLA für die gute Zusammenarbeit.

Bm vom Bover weist noch mal darauf hin, dass man seitens der Verwaltung im Bereich der Wirtschaftsförderung auch schon vorher gute Arbeitsergebnisse erzielt habe.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

Der Arbeit der Wirtschaftsförderung wird die anliegende Zielvereinbarung zu Grunde gelegt.

5./ Bebauungsplan Nr. 96 "Schasiepen"
hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen, § 3 (2) BauGB;
Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB
Vorlage: 61/058/2011

Protokoll:

Stv Drennhaus begrüßt, dass nach langer Vorberatungsphase im Planungsausschuss endlich über den Bebauungsplan entschieden werden könne. Die SPD werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Stv Rehm teilt mit, dass die Ergänzung zur Beschlussvorlage nichts an der ablehnenden Haltung der GAL ändern würde. Die GAL sei zwar grundsätzlich für eine Standorterhaltung, jedoch würde man die Begründung nicht als ausreichend erachten.

Stv Janßen bezweifelt, dass man bei einer Anhebung der Lärmemission um 2 dB, also von 58 auf 60 dB, noch von einer leichten Anhebung sprechen könne. Es handle sich um eine schwierige Situation und die Anwohner seien hier durchaus belastet.

Stv Holberg erläutert, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussantrag zustimme.

Stv Schneider fügt ergänzend hinzu, dass die SPD-Fraktion dem Antrag zustimme, da dies für alle Betroffenen eine Verbesserung darstelle.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 37 Stimmen Nein: 6 Stimmen

Beschluss:

- „1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB sowie über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und die in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
2. Der Bebauungsplan Nr. 96 „Schasiepen“ in der Fassung vom 14.02.2011 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
Der Begründung in der Fassung vom 18.04.2011 wird zugestimmt.
Der Geltungsbereich des Bebauungsplans wird begrenzt
 - im Westen von der Eisenbahntrasse einschließlich der bahzugehörigen Flurstücke,
 - im Norden von den Flächen des Landschaftsschutzgebiets Hühnerbachtal,
 - im Osten von den Flächen des Gymnasiums und
 - im Süden von den bebauten Grundstücken „Am Schasiepen“, Nrn. 6, 6a, 6b, 12.

Die genaue Abgrenzung des Plangebiets erfolgt durch die Planzeichnung."

- 6./ Bebauungsplan Nr. 172 "Grünzug Tenger", Veränderungssperre Nr. 20
hier: Aufstellungsbeschluss, § 2 (1) BauGB;
Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung, § 3 (1) BauGB;
Anpassung der Veränderungssperre, § 17 (4) BauGB
Vorlage: 61/053/2011**
-

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

- „1./ Der Bebauungsplan Nr. 172 „Grünzug Tenger ist gemäß § 2 (1) BauGB als Teilplan aus dem Bebauungsplan Nr. 61 „Tenger“ aufzustellen. Den Planungszielen, entsprechend der vorliegenden Sitzungsvorlage, wird zugestimmt.

Der beabsichtigte räumliche Geltungsbereich befindet sich in Unterhaan und umfasst die Flächen südlich und südwestlich der Tennisanlage Sombers bis zum Wäldchen nördlich des Heidewegs, die frühere Gaststätte Tenger ist mit den umgebenden Flurstücken, weitere Freiflächen östlich der früheren Gaststätte und westlich des Thienhauser Baches nach Süden bis zum Beginn der Wohnbaugrundstücke am Hülsberg. Der genaue beabsichtigte Plangeltungsbereich ist der

in der Anlage zur Sitzungsvorlage enthaltenen Zeichnung zu entnehmen.

- 2./ Die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 (1) BauGB wird in Form einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung durchgeführt. Die Planunterlagen sind für zwei Wochen öffentlich auszulegen.
- 3./ Die Veränderungssperre Nr. 20 für das Gebiet des Bebauungsplans Nr. 61 „Tenger“ wird als Satzung für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 172 „Grünzug Tenger“ gemäß § 17 (4) BauGB angepasst und entsprechend der Anlage in der vorliegenden Sitzungsvorlage als Satzung beschlossen.

7./ Verbesserung des Winterdienstes Vorlage: 70/010/2011

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

Dem Vorschlag der Verwaltung zur Verbesserung des Winterdienstes wird zugestimmt.

Der Leistung der investiven außerplanmäßigen Ausgaben von 20.000 EUR im Produkt 120320/Teilfinanzplan (Kostenrechnende Einrichtung Winterdienst) für 2011 wird zugestimmt.

8./ Änderung der Ladenschlusszeiten in Haan im Jahr 2011 Vorlage: 23/037/2011

Abstimmungsergebnis:

Ja: 42 Stimmen Nein: 1 Stimme

Beschluss:

Die Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Jahr 2011 wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

9./ Verkehrsentwicklungsplan (VEP) Haan
hier: Änderung des Anforderungsprofils für die Auftragsvergabe VEP
Stufe II
Vorlage: 61/057/2011

Protokoll:

Stv Greeff möchte die Entscheidung über den VEP II ins nächste Jahr schieben, da im laufenden Jahr keine Kapazitäten vorhanden seien. Die CDU lehnt einen Beschluss zur diesjährigen Beauftragung ab.

Stv Pohler teilt mit, dass die SPD für einen Beschluss stimmen würde. Planungen und Geld seien bei dieser wichtigen Maßnahme gut angelegt. Der VEP II solle beauftragt werden.

Stv Ruppert fragt Stv Pohler ob die Auftragsvergabe zum VEP II möglicherweise über Kredite finanziert werden sollen.

Stv Pohler erläutert, dass es sich vorliegend um kleinere Beträge handeln würde, die im Haushalt vorhanden seien. Wichtig sei zunächst die Auftragsvergabe, damit Angebote eingeholt werden können.

Stv Rehm wünsche sich eine sofortige Auftragsvergabe. Die Vorlage zum VEP II sei bereits in allen Fraktionen ausreichend diskutiert worden. Die Haushaltssituation habe sich nicht geändert und die Ergebnisse seien nicht für die Schublade bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 17 Stimmen Nein: 26 Stimmen

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag, den VEP Stufe II entsprechend dem Anforderungsprofil zu beauftragen wird mehrheitlich abgelehnt.

10./ Zuwendungen aus dem 1000-Schulen Programm
Sachstandsbericht
Vorlage: 40/026/2011

Protokoll:

aufgrund geänderter Tagesordnung werden einzelne Punkte aus Datenschutzgründen zusätzlich als TOP 17.1 nT beraten.

Bm vom Bovert teilt mit, dass die mit Schreiben der Bezirksregierung vom 27.04.2011 geforderte Stellungnahme der Stadt Haan, mit Vorlagefrist bis 27.05.2011, bis zum 24.06.2011 verlängert wurde.

Stv Ruppert möchte wissen, ob man schon etwas über den Umfang des entstandenen bzw. entstehenden Schadens sagen kann und ob Möglichkeiten bestünden, den Schaden abzuwenden, hilfsweise zu verringern.

Bm vom Bovert führt aus, dass er derzeit keine über die Vorlage hinausgehenden Informationen zur Kenntnis geben könne, da die Dezernentin krank sei. Er habe derzeit nur Teilinformationen.

Stv Giebels merkt an, dass es ein langer Kampf um den Zuschlag für die Fördermittel gegeben habe und nicht jede Schule berücksichtigt werden könne. Die Schulen wären auf die Fördermittel zum Umbau der Mensen angewiesen. Im Wettbewerb der Schulen untereinander entscheiden letztlich die Eltern, auf welche Schulen ihre Kinder gehen. Eine vernünftige Mensa sei ein nicht unwesentliches Auswahlkriterium hierbei. Er appelliere an alle Beteiligten alles zu unternehmen, um die Zuschüsse für die Mensen zu erhalten.

Stv Lukat kann die Aufregung von Stv Pohler nicht verstehen. Die Baumaßnahmen würden voran schreiten. Jedoch würde sie erstaunen, warum es anscheinend kein Fortkommen gebe. Sie bitte um Nachreichung des Schreibens der Verwaltung vom 18.03.2011. Eigentlich wäre hinsichtlich des Personals alles bereits im AK-Personal besprochen worden. Die Verwaltung solle Vorschläge machen, wie mit der Problematik umgegangen werden kann.

Stv Pohler will jetzt nicht über mögliche Kommunikationsprobleme innerhalb der Verwaltung reden. Vielmehr erwarte er, dass alle Maßnahmen so durchgeführt würden, damit die Zuschüsse erhalten blieben und der städt. Haushalt nicht belastet werde. Im Übrigen sei er über den langen Postweg des Schreibens der Bezirksregierung überrascht, auch wenn das Schreiben zwischenzeitlich als Irrläufer über Velbert nach Haan gekommen sei.

Stv Sack fragt nach ob sich nachträglich Tatbestände verändert hätten, oder möglicherweise der Rat der Stadt eine falsche Zeitschiene beschlossen habe. Er bitte um Aufzeigen geeigneter Maßnahmen zur Realisierung der Mensen, ob ggfs. weiteres Personal notwendig sei.

Beschluss:

zur Kenntnis genommen

**11./ Einführung eines standardisierten Verfahrens für die Behandlung von
Bürgeranträgen und Zuschriften
- hier: Antrag der Fraktion Die Linke vom 27.01.2011
Vorlage: 10/092/2011/1**

Protokoll:

Stv Janßen begründet kurz den Antrag seiner Fraktion, dass für die Bürger ein vereinfachtes, nicht zu aufwändiges Verfahren bei Bürgeranträgen und Zuschriften installiert werden müsse, um die Wege für die Bürger zur Verwaltung zu vereinfachen und diese zu besser zu beteiligen.

Bm vom Bover weist in diesem Zusammenhang auf die bereits erledigte Diskussion im Seniorenbeirat hin, in der ein ähnlicher Antrag abgelehnt wurde.

Stv Rehm habe seitens der Verwaltung auf Erläuterungen gehofft, wie derzeit die Verwaltung mit Anträgen und Beschwerden umgehe und ob es automatisierte Wege gäbe.

Stv Giebels fordert seitens des Antragstellers detaillierte Nachweise, wann und wo bei die Verwaltung Fehler gemacht habe.

Stv Pohler möchte auch wissen, wie die Verwaltung mit Anträgen umgehe und ob sie den Bürger als Kunden sehen würde. Über den Antrag der "Linken" könne man jedoch aufgrund fehlender Informationen nicht entscheiden.

StORR Rennert stellt die Verfahrenswege dar, wie die Verwaltung bei Bürgeranträgen oder ähnlichem reagiere. Bei z.B. Bürgeranträgen würde der Eingang bestätigt. Danach erfolge die Abgabe in einen der entsprechenden Ausschüsse. Nach Entscheidung im Ausschuss erfolge möglichst zeitnah die Antwort an den Antragsteller.

Stv Stracke möchte wissen, was in diesem Zusammenhang "möglichst zeitnah" bedeute, da ihm der Begriff zu unpräzise wäre.

StORR Rennert erläutert das mit dem Begriff "möglichst Zeitnah" eine Frist von 14 Tagen gemeint sei.

Stv Herder beschwert sich über die Verfahrensweise der Verwaltung im Fall Timmer. Es könne nicht angehen, dass dieser bis heute noch keine Eingangsnachricht erhalten habe. Dies wäre kein respektvoller Umgang mit einem Bürger.

Bm vom Bover kann die Beschwerde von Stv Herder nicht nachvollziehen, da die Fakten so nicht stimmen würden. Mit Schreiben vom 12.04.2011 habe die UWG-Fraktion beantragt, einen Vortrag von Herrn Timmer zur Gründung einer städt. Immobiliengesellschaft, im Rahmen der Sparvorschläge auf die Tagesordnung des HFA am 17.05.2011 zu nehmen. Diese Angelegenheit habe zunächst die Fraktionsvorsitzenden-Runde beschäftigt. Dabei sei festgestellt und entschieden worden, dass der HFA nicht das geeignete Gremium sei, sondern der AK Strategie, sofern dieser vor der Sitzung des WLA am 22.06. liegen würde. Herr Timmer wurde unverzüglich tele-

fonisch von der Thematisierung in der FraVorsiRu informiert. Unmittelbar nach der FraVorsiRu sollte er über das Ergebnis informiert werden, befand sich nach Auskunft seines Büros jedoch bereits im Urlaub. Die Vorwürfe gegen die Verwaltung seien unbegründet, da das Verwaltungshandeln schnell und kundenorientiert gewesen sei.

Stv Ruppert bekräftigt, dass er auch keinen Grund sähe, die Handlung der Verwaltung in diesem Fall zu kritisieren.

Stv Lukat stellt Stv Janßen die Frage, ob er ihr Fälle benennen könne, bei denen Verfehlungen seitens der Verwaltung auftraten.

Stv Janßen teilt mit, dass er hier und jetzt keine Fälle benennen könne. Entsprechende Unterlagen müsse er nachreichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 26 Stimmen Nein: 17 Stimmen

Beschluss:

Der Antrag vom 06.04.2011 wird abgelehnt, weil die Zustimmung einen Eingriff in die Organisationshoheit des Bürgermeisters darstellen würde und wegen Rechtswidrigkeit zu beanstanden wäre.

12./ Rederecht für antragstellende Bürger in politischen Gremien Vorlage: 32-1/004/2011

Protokoll:

Stv Ruppert erinnert sich an einen ähnlichen Antrag der Linken, der bereits schon einmal abgelehnt worden sei. Die Bürger sollen durchaus informiert werden. Jedoch sei er strikt dagegen, dass jeder Bürger in jeder beliebigen Ausschuss- und Ratssitzung das Rederecht erhalte. Das würde zu weit führen und Ausschüsse sowie den Rat in ihrer Ausübung lähmen.

Stv Pohler ist dafür, mehr Demokratie zu wagen. Man solle den Antrag der Linken ernst nehmen und das Rederecht dem Bürger zugestehen. Die SPD jedenfalls stimme dem Antrag der Linken zu.

StORR Rennert erläutert, dass die Antragsteller natürlich darüber informiert würden, wo ihre Anträge behandelt würden. Man könne auch darüber nachdenken, die entsprechenden Antragsteller zur Sitzung des Ausschusses bzw. Rates einzuladen. Ein generelles Rederecht sähe jedoch die Gemeindeordnung nicht vor. Das Recht, Sitzungen zu unterbrechen und Rederecht zu erteilen, lägen jedoch immer noch beim Vorsitzenden.

Stv Pohler ist der Meinung, wer Freiheit will muss auch dem Mitspracherecht zustimmen. Der Bürger solle selbst entscheiden, ob er reden möchte oder nicht. Dem Rat täte es gut, den Bürger zu hören.

Stv Stracke erläutert das es um Politik für die Bürger der Stadt Haan ginge. Es gehe nicht um Diskussionen, sondern um Erläuterungen der Anträge, Gleichbehandlung in den Ausschüssen. Die Menschen seien mittlerweile nicht nur selbstbewusster, sondern auch interessierter.

Stv Ruppert verweist darauf das es bisher keinen Bürgerantrag gegeben habe, welcher nicht behandelt worden wäre.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen **Ja: 24 Stimmen Nein: 18 Stimmen Enthaltungen: 1**

Beschluss:

„Der Antrag der "Fraktion Die Linke" wird zurückgewiesen.“

13./ Besetzung von Ausschüssen

Vorlage: 40/024/2011

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

folgenden personellen Veränderungen in Ausschüssen wird zugestimmt:

Schulform Grundschule	Frau Annegret Buchart	– anstelle für Frau Gabriele Steven
JHA	Herr Stv Sobbe (ordentliches Mitglied) Herr Wendrich (ordentliches Mitglied)	- anstelle für Herrn Stv Raabe - Herr Bigalke (stellv. Mitglied)
Sozialausschuss	Herr Stv Raabe (ordentliches Mitglied)	- Herr Stv Sobbe (stellv. Mitglied)
AK Strategie	Stv Bernd Stracke als persönlichen Vertreter für Stv Walter Drennhaus Stv Heinrich Wolfsperger als persönlichen Vertreter für Stv Wilfried Pohler	
AK Personal	Stv Heinrich Wolfsperger als persönlichen Vertreter für Stv Wilfried Pohler Stv Walter Drennhaus als persönlichen Vertreter für Stv Bernd Stracke	
BVVFA	Frau Cordts (ordentliches Mitglied)	- Herr Bigalke (stellv. Mitglied)
Wahlprüfungsausschuss	Frau Melanie Thiede (2. Stellv. Mitglied)	- anstelle Herrn Roman Eichler

14./ Vorstellung der neuen Gleichstellungsbeauftragten

Protokoll:

Die neue Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Haan, Frau Marion Plaehn, stellt sich vor. Sie gibt dabei einen kleinen Ausblick auf die bisherige Tätigkeit, sowie ihre Erwartungen an das neue Arbeitsgebiet.

14. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

1./ Versetzung in den Ruhestand

Protokoll:

Stv Pohler stellt fest, dass die SPD mit der Vorgehensweise im Hinblick auf die Dringlichkeitsentscheidung nicht einverstanden sei. Es habe keine Informationen hinsichtlich der Auswirkungen gegeben. Seiner Meinung nach war eine Dringlichkeit der Entscheidung nicht gegeben, da noch genügend Zeit war, eine Sondersitzung des Rates der Stadt einzuberufen, um dann über die beabsichtigte Maßnahme zu entscheiden.

Stv Lukat merkt an, dass ihr eine Beantwortung über die Begründung der Dringlichkeit der Maßnahme aus Gründen des Datenschutz hier im öffentlichen Teil nicht möglich sei. Im übrigen sei die Politik bereits im AK-Personal informiert gewesen.

Stv Schneider führt aus, dass § 60 GO die entsprechenden Kriterien aufführe, wann eine Dringlichkeitsentscheidung notwendig sei. Diese Kriterien wären vorliegend nicht ersichtlich, da der Rat rechtzeitig hätte einberufen werden können.

Nach Meinung von **Stv Giebels** ist die Dringlichkeit der Entscheidung auf 2 Seiten sehr ausführlich begründet. Eine Einberufung des Rates während der Osterpause wäre, auch in finanzieller Hinsicht nicht sinnvoll gewesen, da in der Sache keine andere Entscheidung hätte getroffen werden können. Die CDU-Fraktion stimme der Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung zu.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 26 Dagegen: 16 Enthaltungen: 1

Beschluss:

Gemäß § 60 (1) Gemeindeordnung NRW sind Dringlichkeitsentscheidungen dem Rat in seiner nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen. Die Erforderlichkeit der Dringlichkeitsentscheidung vom 12.04.2011 wird hiermit festgestellt und genehmigt.

15./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv Lukat fragt an, inwieweit sich rechtlich Neues ergeben habe im Hinblick auf Glücksspiel u. Glücksspielautomaten.

StORR Rennert erläutert, dass die Bearbeitung der Verordnung derzeit noch nicht abgeschlossen sei. Es sei noch in Beratungen beim Städte- u. Gemeindetag.

16./ Mitteilungen

Es erfolgen Erläuterungen zur Mitteilung des Landrates vom 23.05.2011 sowie Mitteilungen im Hinblick auf die Friedrichstraße.